

Geuter: Vorrang für Erdkabel

SPD-Landtagsabgeordnete Renate Geuter fordert sofortiges Handeln / Kritik an Minister Ehlen

HARPSTEDT (eb) ■ Für den Raum Weser-Ems sind zur Zeit mehrere Anträge zum Ausbau des Netzes zur Versorgung mit Elektrizität gestellt worden. „Die Bedenken, die in den vergangenen Wochen und Monaten von der Bevölkerung gegen diesen Netzausbau in Form von Freileitungen geäußert worden sind, bestehen zu Recht“, erklärte die Landtagsabgeordnete Renate Geuter.

Sie begrüßte es daher, dass nach der SPD-Fraktion auch CDU und FDP einen Antrag in den Landtag einbringen

werden, der der Erdverkabelung Vorrang einräumt.

Leider enthalte der Antrag der CDU/FDP-Fraktionen außer pauschaler Kritik an der Energiepolitik der Bundesregierung keinerlei konkrete Handlungsvorschläge, bedauerte Geuter. „Wenn die jetzt begonnenen Raumordnungsverfahren abgeschlossen werden und dem ersten Antragsteller eine Genehmigung für eine Freileitung erteilt werden muss, hat sich jede Diskussion um den Vorrang von Erdkabeln erledigt“, befürchtete Geuter.

Ein Präzedenzfall schließe

aus, dass bei zukünftigen Anträgen weitergehende Anforderungen an andere Netzbetreiber gestellt werden, ergänzte die Landtagsabgeordnete.

„Die Landkreise Cloppen-

-ANZEIGE-



burg, Oldenburg-Land und Vechta haben in einstimmigen Resolutionen dem Landwirtschaftsminister seine raumordnerischen Handlungsmöglichkeiten deutlich

aufgezeigt“, erinnerte die Landtagsabgeordnete. Es sei sehr bedauerlich, dass Minister Ehlen noch am 17. Februar im Landkreis Cloppenburg deutlich gemacht habe, dass er raumordnerisch nicht tätig werden will. Bei seiner Begründung, die Verlegung von gasisolierten Erdkabeln sei noch nicht technisch ausgereift, befände er sich eindeutig im Widerspruch zu der Meinung von Fachleuten und seinem Parteikollegen Mayer aus dem Europaparlament. Dieser hatte vor einigen Wochen in einem Brief deutlich gemacht, dass Pilot-

projekte für Erdverkabelung von der EU deshalb nicht gefördert werden, weil diese Technik bereits seit 30 Jahren erfolgreich eingesetzt worden sei.

„Jetzt ist nicht mehr Ideologie, sondern konkretes Handeln im Interesse der Bürgerinnen und Bürger gefragt“, äußerte Geuter. Sie verband damit die Hoffnung, dass in der Plenumsdebatte in der nächsten Woche die konkreten Vorschläge aufgegriffen werden, mit denen der Ausbau des Hochspannungsnetzes von Anfang an verhindert werden kann.